



Volker Kauder MdB
Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin

fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
am 7. September 2015
18. WP/39

I. Die politische Lage in Deutschland

Flüchtlinge: Eine Lösung mit Herz und Verstand

Die Flüchtlingsbewegung nach Deutschland hat in den letzten Tagen und Wochen noch einmal stark zugenommen. Schon seit einigen Jahren steigt die Zahl der Menschen, die zu uns kommen, stetig an. Ihr Kommen ist häufig Ausdruck der außenpolitischen Krisen und kriegesischen Auseinandersetzungen, die wir vor allem in und rund um Syrien erleben. Derzeit befinden sich weltweit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Menschen fliehen entweder innerhalb ihrer Heimatländer, in die unmittelbaren Nachbarstaaten oder nach Europa. Als weltoffenes und starkes Land zieht es viele Flüchtlinge gerade nach Deutschland, wo wir die Auswirkungen nun zunehmend ganz konkret erleben. Wir können uns davon nicht frei machen.

Syrien, wo die Terrormiliz IS schrecklich wütet, ist nur ein Beispiel unter vielen – in und aus diesem Land sind alleine mehr als 11 Millionen Menschen geflohen. Wir müssen aber auch feststellen, dass ein ganz erheblicher Anteil der Asylbewerber vom Balkan kommt, aus Ländern, in denen weder Krieg noch politische Verfolgung herrscht; sie können nicht bei uns bleiben.

Für die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen in unserem Land gilt in dieser Situation: Wir helfen! Menschen, die vor Krieg und aus Bedrohung flüchten, können sich auf die Solidarität der Menschen in Deutschland und auch die Hilfe von CDU und CSU verlassen. Die enorme Hilfsbereitschaft unserer Bürger ist beeindruckend und zugleich Ausdruck unserer inneren Stärke. Wir danken den vielen Ehrenamtlichen genauso wie den hauptamtlichen Bediensteten bei der Polizei, den Rettungskräften, den Bediensteten bei Bund, Länder und Kommunen. Gleichzeitig verurteilen wir auf das schärfste Übergriffe oder Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte, hier muss unser Rechtsstaat hart und zügig reagieren.

Über die Organisation erster Hilfestellung hinaus, müssen wir die Flüchtlingsfrage insgesamt in den Blick nehmen, denn das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns: Handelnde zu bleiben und eine mittel- und langfristige Lösung zu finden. Denn es ist auch klar, dass wir auf Dauer nicht jedes Jahr 800.000 Menschen bei uns aufnehmen können.

Angesichts der hohen Zahlen verlangt dies uns allen eine enorme Kraftanstrengung ab. In dieser Phase ist es notwendig, parteiübergreifend zu handeln und sich nicht in ideologische Grabenkämpfe zu begeben.

Das gestern im Koalitionsausschuss verabredete Gesamtpaket hat einen fünfgliedrigen Ansatz: die Fluchtursachen bekämpfen, eine gemeinsame europäische Antwort finden, den tatsächlich Verfolgten helfen, die Nicht-Verfolgten dazu zu bringen, in ihrer Heimat zu bleiben oder dahin zurückzukehren und schließlich Kommunen und Ländern helfen.

1. Die Fluchtursachen wollen wir bekämpfen. Nur eine wirkliche Verbesserung der Lage in den Heimatländern der Menschen, die sich auf den Weg nach Europa und Deutschland begeben, wird diese davon abhalten, die mühe- und gefährvolle Reise zu uns zu unternehmen. Wir müssen die schon entwickelten Ideen - auch auf EU-Ebene - nun mit Hochdruck umsetzen, mit denen wir gerade im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika zu Verbesserungen kommen können. Auch die Staaten, durch welche die Menschen zu uns kommen, müssen stabilisiert und in ihrer Aufnahme-fähigkeit gestärkt werden. Unsere Außen- und Entwicklungspolitik kann mit den beschlossenen Maßnahmen und den zusätzlichen Mitteln darauf hinwirken.

Die deutsche Hilfe rund um Syrien zielt vor allem darauf ab, Menschen vor Ort zu helfen, um ihnen nach Ende des Konfliktes eine rasche Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Seit dem Beginn des Bürgerkriegs in Syrien im Jahr 2011 hat unser Land in der Region mehr als eine Milliarde Euro bereitgestellt.

2. Die Fluchtbewegung nach Europa erfordert eine gemeinsame Antwort der EU, die Durchsetzung der gemeinsamen europäischen Asylpolitik und wichtige Reformen an diesem System.

Wir wollen auf EU-Ebene zügig zu einer einheitlichen Liste der sicheren Herkunftsländer gelangen. Darüber hinaus sollen die geplanten EU-Aufnahmezentren („hotspots“) in den EU-Ländern, an deren Außengrenze der Flüchtlingsandrang besonders hoch ist, schnell ihre Arbeit beginnen können.

Wir sind erschüttert über die Folgen einer zunehmend skrupellos und menschenverachtenden Schleuserkriminalität. Kriminelle Banden bereichern sich an Flüchtlingen und nehmen in ihren Machenschaften allzu oft keine Rücksicht auf die Würde oder das Leben derer, die sich ihnen anvertrauen. Wir werden die Bekämpfung der Schleuserszene auf EU-Ebene intensivieren und diese Form der Ausbeutung nicht hinnehmen.

3. Den tatsächlich Verfolgten wollen wir schnell und unbürokratisch helfen. Dazu wird der Bund die Länder und Kommunen bei dem Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtungen auf 150.000 Plätze verstärkt unterstützen. In Zeiten von besonderen Belastungen müssen pragmatische Lösungen greifen. Wir haben daher verabredet, dass man von geltenden Standards und Regelungen abweichen können soll, um schneller winterfeste Unterkünfte errichten zu können.

Die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten werden nach menschlichem Ermessen längere Zeit bei uns bleiben. Um ihnen die Integration zu erleichtern und sie zügig zu befähigen, selbst ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, werden wir die Mittel für Integrationskurse erhöhen und berufsbezogene Sprachkurse fördern.

Auch als Staat wollen wir das enorme Engagement der Bürgerinnen und Bürger unterstützen, indem wir beim Bundesfreiwilligendienst bis zu 10.000 zusätzliche Stellen einrichten.

Um für die Menschen schneller Klarheit über ihre Zukunft zu schaffen, werden wir die Asylverfahren beschleunigen und auch die Menge an offenen Asylverfahren abbauen. Die vier neuen Entscheidungszentren beim BAMF werden dazu in den nächsten Wochen ihre Arbeit aufnehmen.

4. Die Anzahl der Menschen, die nach Deutschland kommen, aber weder politisch verfolgt sind noch vor einem Bürgerkrieg fliehen, ist in den letzten Jahren enorm gestiegen, ihre Anerkennungsquote tendiert aber gegen Null. Ein Schlüssel, den aktuellen Flüchtlingsandrang zu reduzieren, liegt darin,

ihre Zahl deutlich zu verringern. Daher haben wir im Koalitionsausschuss eine Reihe von Maßnahmen verabredet, die Fehlanreize beseitigen und den Menschen auf dem Balkan verdeutlicht, dass es aussichtslos ist, ihr Glück über einen Asylantrag in Deutschland zu versuchen.

In der Phase der Erstaufnahme werden wir soweit wie möglich auf die Ausschüttung von Geldleistungen verzichten und zu ausschließlichen Sachleistungen kommen. Gerade durch die Zahlung des Bargeldes für einige Monate im Voraus ist es hier zuletzt zu Fehlsteuerungen gekommen. Wir gewährleisten auch mit Sachleistungen ein menschenwürdiges Dasein – ganz, wie es das Bundesverfassungsgericht verlangt. Zudem verlängern wir gerade für Bewerber ohne Bleibeperspektive die Zeit in der Erstaufnahmeeinrichtung und damit auch die Residenzpflicht.

Wir wollen Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten erklären, allein aus diesen drei Ländern sind in diesem Jahr fast 100.000 Asylbewerber und damit rund ein Viertel aller Antragssteller gekommen. Alle Bewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sollen in der Erstaufnahmeeinrichtung ihren Asylbescheid erhalten und von dort dann in ihre Heimat zurückkehren. Wichtig ist, dass auf eine negative Entscheidung auch eine konsequente Aufenthaltsbeendigung erfolgt. Es macht keinen Sinn, diesen Menschen falsche Hoffnungen auf ein Leben in Deutschland zu machen.

5. Wir helfen den Kommunen und Ländern konkret, indem wir ihnen von den für 2016 zusätzlich vereinbarten 6 Milliarden Euro drei Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Näheres werden Bund und Länder bis zum 24. September 2015, dem Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten, vereinbaren. Zudem wollen wir den sozialen Wohnungsbau ausbauen und als Bund Länder und Kommunen dabei unterstützen.

Als CDU/CSU-Fraktion haben wir auf die enorme Herausforderung mit einem 12-Punkte-Plan reagiert, den der Fraktionsvorstand in seiner Klausur in der vergangenen Woche verabschiedet hat. Dieser Plan umfasst alle Bereiche, von der Innenpolitik, über die Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik bis hin zur Außen- und Entwicklungspolitik und Fragen der Finanzierung der Hilfsleistungen. Zahlreiche Punkte finden sich im Ergebnis des Koalitionsausschusses wieder.

In diesen Tagen geht es darum, wie wir auf die humanitäre Herausforderung einer Massenflucht nach Europa und insbesondere nach Deutschland reagieren können. In dieser Lage ist es müßig, weitergehende Fragen wie etwa ein Einwanderungsgesetz zu diskutieren. Wir müssen sicherstellen, dass unser Land, seine Kommunen, öffentlichen Einrichtungen, die

Hilfsbereitschaft seiner Menschen und seine Aufnahmefähigkeit nicht überfordert werden und wir mit der Union an der Spitze, aber gemeinsam mit den anderen Parteien die Flüchtlingsfrage lösen.

Weitere Ergebnisse der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes

Die innere Sicherheit und ganz speziell die Themen Anti-Terrorkampf und Einbruchskriminalität bildeten einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt der Klausurtagung, bei der der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, über die aktuelle Sicherheitslage in Deutschland informierte. Zu dem im Anschluss verabschiedeten Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Terrorismus sowie zu anderen Aspekten der Inneren Sicherheit gehört unter anderem der Gesetzentwurf zur Speicherung von Verbindungsdaten. Er soll jetzt so schnell wie möglich in Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden, damit Ermittler auch das Umfeld von Terroristen besser erkennen und Terrorakte verhindern können.

Um die Zahl der Wohnungseinbrüche zu bekämpfen, wurde ein mehrgliedriger Ansatz diskutiert: Mehr Polizisten beim Bund, härtere Bestrafung von Einbrechern, bessere Befugnisse für die Ermittlungsbehörden sowie Kriminalprävention durch Einbruchsicherung, finanziell unterstützt vom Bund. Zudem müssen in der Polizeiarbeit verstärkt die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden.

Die Lebensmittelsicherheit im Agrarbereich bildete einen weiteren Schwerpunkt der Klausur, zu dem Klaus Müller, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, als externer Experte eingeladen war. Die Fraktion ist sich bewusst, dass eine sichere Ernährung für viele Menschen in Deutschland eine Frage von wesentlicher Bedeutung ist. Die Arbeit für eine wie bisher sichere Lebensmittelversorgung auf hohem Qualitätsniveau wird die Fraktion also auch weiterhin beschäftigen.

Weitere Themen waren der Bundeshaushalt 2016 sowie eine Initiative zur weiteren Stärkung des Meister-Bafögs in der anstehenden parlamentarischen Beratung. Schließlich sprach sich der Fraktionsvorstand für einen raschen Abschluss des transatlantischen Handelsvertrags TTIP aus.

II. Die Woche im Parlament

Haushaltsgesetz 2016 und Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019. In dieser Woche steht die erste Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurfs des Bundeshaushalts 2016 an. Wie üblich berät der Deutsche Bundestag damit auch den Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019.

Seit dem Kabinettsbeschluss Ende Juni ist eine völlig neue Lage entstanden, die sich erheblich auf die öffentlichen Kassen auswirkt. Der Rahmen ist mit den im Koalitionsausschuss vereinbarten 6 Milliarden Euro für die Flüchtlings- und Asylpolitik im nächsten Jahr gesteckt.

Die Unionsfraktion tritt die Haushaltsberatungen mit der Maßgabe an, weiterhin die schwarze Null ohne Steuererhöhungen umzusetzen. Angesichts des Flüchtlingszustroms, des Zins- und Konjunkturrisikos sowie der künftigen Finanzierung der Mütterrente ist dies gerade auch in der mittelfristigen Finanzplanung ein weiterhin ehrgeiziges Ziel. Der Kabinettsbeschluss, der die bereits 2014 erzielte schwarze Null über 2015 auch in den Jahren 2016 bis 2019 fortschreibt, ist dafür eine solide Grundlage.

Nach dem Regierungsentwurf sollen die Ausgaben im Bundeshaushalt 2016 um 10,4 Milliarden auf 312 Milliarden Euro angehoben werden. Auch in den Jahren bis 2019 steigen sie moderat in Höhe der zusätzlichen Einnahmen an. Dabei soll die Ausgabenwachstumsrate jeweils unter der erwarteten Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Zu den Schwerpunkten zählt der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der um 13,5 Prozent auf 7,42 Milliarden Euro ansteigen soll. Dies ist der höchste Zuwachs seit Gründung des Ministeriums. Auch für die Folgejahre sind Etats von je 7,5 Milliarden Euro eingeplant. Der Mittelaufwuchs dient vor allem der Bekämpfung der Fluchtursachen im Mittleren und Nahen Osten sowie in Afrika. So ist für 2016 geplant, 600 Millionen Euro in Flucht- und Aufnahmeländer besonders im Umfeld des Syrien-Konflikts zu investieren. Auch die Mittel im Kampf gegen den Klimawandel sollen um zusätzlich 250 Millionen Euro steigen.

Im Bundeshaushalt 2016 wird überdies die Initiative zur weiteren Stärkung der Investitionen des Bundes um zusätzliche 10 Milliarden Euro für die Jahre von 2016 bis 2018 umgesetzt. Der Schwerpunkt liegt bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, die Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebauförderung.

Der Bund setzt auch seine kommunalfreundliche Politik weiter fort. Zusätzlich zum bereits beschlossenen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ im Umfang von 3,5 Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen hat der Koalitionsausschuss vom 6.

September 2015 entschieden, zur Bewältigung der Flüchtlings- und Asylsituation Ländern und Kommunen weitere 3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Über die Einzelheiten der Verwendung wird mit den Ländern bis zum 24. September 2015 Einvernehmen erzielt.

Vollständig berücksichtigt sind zudem die steuerlichen Entlastungen von 5,4 Milliarden Euro durch die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags, des Alleinerziehendenfreibetrags und der Milderung der kalten Progression durch Verschiebung der Tarifgrenzen.

III. Daten und Fakten

Mittelstand für Auszubildende weiterhin attraktiv. Laut einer aktuellen Analyse auf Basis des repräsentativen KfW-Mittelstandspanels verliert die betriebliche Ausbildung zwar insgesamt an Zulauf, aber der Anteil der mittelständischen Wirtschaft an allen Auszubildenden steigt. Die Gesamtzahl der „Azubis“ in Deutschland ist seit Jahren rückläufig und liegt aktuell bei 1,36 Millionen (2014; zum Vergleich 2008: 1,61 Millionen). Den kleinen und mittleren Unternehmen ist es jedoch gelungen, die Zahl ihrer Auszubildenden in den letzten fünf Jahren konstant bei circa 1,2 Millionen zu halten. Damit absolvieren mittlerweile 85 Prozent aller Nachwuchskräfte ihre Berufsausbildung in einem mittelständischen Betrieb – ein Rekordwert. Für kleine und mittlere Unternehmen ist die betriebliche Ausbildung das zentrale Instrument zur Fachkräftesicherung. So haben auch bereits 28 Prozent der Betriebe Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität ihrer Ausbildungsplätze ergriffen, weitere 35 Prozent haben entsprechende Pläne.

(Quelle: KfW)

Mehr Geburten und weniger Sterbefälle in Deutschland. Im Jahr 2014 wurden in Deutschland 715.000 Kinder lebend geboren. Das waren 33.000 Neugeborene oder 4,8 Prozent mehr als im Jahr 2013 (682.000). In Deutschland waren zuletzt im Jahr 2004 mehr als 700.000 Kinder zur Welt gekommen. Im Jahr 2014 starben 868.000 Menschen, gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Sterbefälle um 2,8 Prozent gesunken (2013: 894.000). Wie in allen Jahren seit 1972 starben somit mehr Menschen als Kinder geboren wurden. 2014 lag die Differenz bei 153.000, im Jahr 2013 bei 212.000. Den Bund der Ehe haben 386.000 Paare im Jahr 2014 geschlossen. Das ist eine Steigerung um 12.000 beziehungsweise 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2013: 374.000).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Exzellenz lohnt sich. Die seit 2006 laufende Exzellenzinitiative von Bund und Ländern für herausragende Wissenschaft hat Hochschulen und Forschungseinrichtungen enorm gestärkt. So konnten die 45 an der Exzellenzinitiative beteiligten Universitäten im Zeitraum von 2011 bis 2013 drei Viertel der insgesamt vergebenen Fördergelder (Drittmittel) einwerben. Im Jahr 2012 sind von insgesamt 6,76 Milliarden Euro Drittmitteln für die 427 Hochschulen in Deutschland allein 5,14 Milliarden an die Exzellenz-Unis gegangen. Auch auf Forschungsleistungen und Attraktivität für ausländische Wissenschaftler wirkt sich die Exzellenzinitiative positiv aus. Sie habe „sehr geholfen, institutionelle Stärken des deutschen Hochschulsystems international sichtbar zu machen“, sagte der Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Ulrich Rüdiger.

(Quelle: „Förderatlas 2015“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft)